

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 6,45 Mk. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Vorsatzzeile 50 Pfa.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pfa.
Die Restzeile 200 Pfa.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hönberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanschluß Nr. 24.

Nr. 142

Druck und Verlag:
Buchdr. Feintr. Müller, Nassau (Lahn).

Dienstag, 7. Dezember 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Der Reichstag.

Berlin, 1. Dez.

Die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen den in München verhaftete Abg. Kemmle (U. S.) wird beschlossen.

Minister des Äußeren Simons begründet das Gesetz über die Vereinbarungen zwischen Deutschland, der ungarischen, tschecho-slowakischen und österreichischen Regierung. Durch dieses Gesetz wird die Gegenseitigkeit der Handelsbeziehungen mit diesen drei Ländern vereinbart. Der Minister teilt mit, daß wegen der Vorfälle in Böhmen bei der tschecho-slowakischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen erhoben worden sind.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Rechtspflegeabkommen zwischen Danzig und dem Reich gelangt debattenlos zur Annahme.

Die Beratung des Haushalts wird beim Titel Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Abg. Hoch (Soz.) ist mit den gestrigen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers nicht zufrieden. Wenn die Regierung die Sozialisierung nicht durchführen könne, würde seine Partei sie auf dem Wege des Volksbezweckens erreichen.

Abg. Hammer (Dnat. Sp.) vertritt die Interessen des Handwerks und tritt für den freien Handel ein. Für die Arbeiter müsse eine Kapital- und Gewinnbeteiligung angestrebt werden.

Abg. Behnen (D. Sp.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Solange es Menschen gibt, die lieber ein kleiner Herr als ein großer Knecht sein wollen, wird der Mittelstand weiterleben und auch wieder zur Blüte kommen. Redner ist gegen jede Sozialisierung und Kommunalisierung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Für den Mittelstand, den Kleinhandel und das Kleingewerbe erinnere ich an die Zusicherungen des Reichstanzlers. Die Regierung ist bemüht, die aufgelauchten Vorkläge alle zu prüfen, dazu gehört auch die Reichsgewerbeordnung. Daß wir einen Abbau der Kriegsgesellschaften betreiben, habe ich bereits versichert. Trotz der Schwierigkeiten der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit sind im letzten Monat 730 Angestellte der Kriegsgesellschaften entlassen worden. Italien ist das klassische Land der Kommunalisierung und des Kleinhandels. Seit zehn Jahren betreibt man dort Kommunalisierungspolitik ohne einen eigentlichen Erfolg zu haben. Es ist also kein leuchtendes Beispiel. Der Wunsch nach freier Vergebung von Auflagen ist beachtlich. Desgleichen dem Verlangen nach dem Bezug von Motoren aus den staatlichen Kriegswerkstätten.

Morgen 12 Uhr Weiterberatung. — Schluß gegen 7 Uhr.

Landwirtschaft.

Einschlagen von Bäumen. Es ist oft beim besten Willen nicht möglich, die Bäume nach dem Eintreffen gleich zu pflanzen und müssen sie dann bis zur geeigneten Zeit eingeschlagen werden. Leider wird das Einschlagen vielfach falsch oder nachlässig durchgeführt. Aus dem Einschlag sehen die Wurzeln hervor, weil die Erde zu dünn darüber gebracht wurde oder man hat große Hohlräume zwischen den Wurzeln gelassen. Müssen die Bäume längere Zeit im Einschlag verbleiben, dann genügt das Einschlagen über dem Erdboden nicht. Die Erde trocknet zu schnell aus und die Baumwurzeln leiden unter der Trockenheit. Besser ist es, man gräbt ein Loch oder Graben und legt die Bäume da hinein. Solcher Einschlag hat den Vorteil, daß aus der Erde die Feuchtigkeit nicht so schnell herausziehen kann und die Wurzeln von dem zuffließenden Regenwasser großen Nutzen haben und stets frisch bleiben.

Monarchie und Plutokratie.

Die in der Monarchiefrage von der Sozialdemokratie in letzter Zeit hart angegriffene äußerste Rechte beginnt sich mit allen Mitteln energisch zur Wehr zu setzen, um diese Position im beginnenden Wahlkampf dem Gegner nicht kampflös zu überlassen. So richtet die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Sozialdemokratie, die dem Kaiser, dem Kronprinzen und den übrigen Mitgliedern des Hohenzollernhauses verbliebene Vermögen in letzter Stunde propagandistisch vertwert, die Anfrage, warum die Sozialdemokratie nicht gegen die Plutokratie in ihren eigenen Reihen vorgehe.

Als hervorragender Fall bezeichnet sie die Tatsache, daß der bekannte Sozialdemokrat Helyphand-Patz, wie von einem deutschen Gericht amtlich festgestellt worden sei, an dem Schweizer Ort Aue bei Wädenswil 25 Millionen veräuert und eine luxuriöse Villa besessen habe. Außerdem besitze er trotz der Verurteilung der Kriegsgewinne eine prächtige Wohnung auf Schwanenwerder bei Potsdam und Guthaben bei deutschen und dänischen Banken. Das Interesse der Sozialdemokratie, daß bei dem Vermögen der Hohenzollern so stark sei, habe sich bei dem Auslandsaufbau und dem sonstigen Vermögen des Herrn Parvus bisher darauf beschränkt, daß Minister und andere „Großwürdenträger“ der Sozialdemokratie seine Gastlich-

keit reichlich in Anspruch genommen hätten. Das Blatt schließt seine Angriffe mit der Feststellung, daß ein „einzelner sozialdemokratischer Führer Beträge im Auslande sicherstellen konnte, die alles das weit hinter sich lassen, was von sozialdemokratischer Seite an Kapitalverschiebungen der Hohenzollern erfolgt wurde.“

Der Fall des Sozialisten Barbus-Helphand ist ja nicht neu. Diese merkwürdige Figur der politischen Proletarierbewegung ist ja öfter geschildert worden, besonders als wegen des anstößigen Treibens in der Schweizer Villa er durch die Bundesregierung ausgewiesen wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Rechte dieser dantbaren Agitationsstöße bei der jetzigen Gelegenheit bemächtigte.

Kleine Chronik.

Neuester Einbrechertrick. Wie im Frankfurter Bürgerauschuss mitgeteilt wird, besteht der neueste Trick der Einbrecher darin, daß sie dem Publikum Sicherheitschlösser zum Kauf anbieten. Vor diesem Handel kann nicht dringend genug gewarnt werden, da sehr wahrscheinlich der Einbrecher einen zweiten Schlüssel zu dem Sicherheitschloß besitzt.

Auf der Waffensuche. Unter dem Aufschub der gesamten Polizeimannschaft Großhessfurt fand am Mittwoch, am ersten Tage nach dem Ablauf der Waffensicherungsfrist im ganzen Altstadgebiet eine Durchsuchung nach Waffen statt. Jedes Haus wurde unter Führung von Kriminalbeamten und Sicherheitspolizisten gründlich nach verborgenen gehaltenen Waffen und Feuerwaffen durchsucht. Das Ergebnis der sechsständigen Hausdurchsuchungen bestand in: 14 Gewehren, 83 Revolvern und Pistolen, 50 Seitengewehren, zwei Stahlhelmen, mehreren hundert Patronen, verschiedenen Dolchen, Koppeln, Tornistern, Handgranaten und Zigarillens. Aus dem Maine fische man einen Kasten mit Maschinengewehrmunition und Leuchtpistolen heraus. Die Durchsuchungen nach Waffen werden in den nächsten Tagen planmäßig durch alle Stadtteile fortgesetzt.

Schäße im Main. Aus Frankfurt wird berichtet: Bei dem augenblicklich niedrigen Wasserstande des Mains läßt die städtische Tiefbauverwaltung durch zahlreiche Arbeiter an der Altstadseite die zu tausenden im freigelegten Strombett liegenden behauenen Pflastersteine, die seit Jahr und Tag von unnützen Händen in das Wasser geworfen waren, bergen.

Verjübelt in einer Nacht. Etwa viertausend Mark unterschlug in Frankfurt a. M. ein junger Kaufmann seinem Prinzipal durch Fälschung. Als die Sache entdeckt und der junge Mann verhaftet wurde, fand man in seinem Besitz noch 2,60 Mark. Den „Rest“ hatte er in einer Nacht verjübelt.

Was die Streiks kosten. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, gingen nach einer Streikstatistik im Jahre 1917 in Deutschland rund 900 000 Arbeitstage durch Streik verloren, im Jahre 1918 waren es bereits 4,9 Millionen Tage und im Jahre 1919 ergab sich die ungeheure Zahl von 13,6 Millionen Arbeitstagen, die durch den Streik verloren gingen.

Johann Sobieski Feldherrnstab. Bei der Durchsuchung der Wohnung eines bekannten kommunistischen Führers beschlagnahmte die Berliner Kriminalpolizei den Feldherrnstab des Polenkönigs Johann Sobieski. Es ist anzunehmen, daß der Feldherrnstab gestohlen wurde. Der Besitzer erklärte, er habe ihn im August von einem unbekannten Händler in Warschau für 3000 polnische Mark gekauft.

Verurteilter Straßenräuber. Das pfälzische Schwurgericht verurteilte den 21 Jahre alten Schneider Friedrich Krieger aus Wellerbach bei Kaiserslautern wegen fortgesetztem Straßenraubes zu 13 Jahren Zuchthaus. Er hatte gemeinsam mit seinem Bruder, der sich im Untersuchungsgefängnis erhängt hat, eine Reihe von Straßenraubungen in der Nordpfalz und später in der Nähe von Andernach verübt.

Ein schwerer Raubmord wurde auf dem Pachthof Klein-Methling in Meisenburg-Schwehren an der Frau des Vorschmieders Rettig und dessen beiden Kindern verübt. Die Frau wurde tot aufgefunden, die Kinder lebten noch. Alle drei hatten außer Schußwunden Verletzungen. Gestohlen wurden gegen 10 000 Mark. Als Täter kommen zwei russische Schmitzer in Betracht, die sich vor einigen Tagen bettend im Hause aufhielten.

Ertrunkene Polizisten. Die drei französischen revolutionären Sozialisten Bergeat, Lepetit und der bekannte Lefebvre, die in Moskau dem internationalen Kommunistenkongress beigewohnt hatten, hatten sich in Murmansk ein Seeschiff beschafft, um damit nach Norwegen zu fahren. Sie werden seit dem 1. Oktober vermisst. Wie nunmehr bekannt geworden ist, sind die drei Polizisten bei einem Schiffbruch ums Leben gekommen.

Moderne Polizei. In den Dienst der Londoner Polizei wurden Flugzeuge eingestellt. Diese sollen mit photographischen und funktentelegraphischen Materialien ausgerüstet werden.

Die mißverständene Kreditmilliarde. Durch die deutsche Presse geht seit einer Woche etwa das nicht vertommen wollende Gerücht von einem Kreditmilliardenlehen, der sich aus Amerika über Deutschland ergießen sollte. Angeblich sind es 2 Milliarden Dollars, welche

die Amerikaner den Deutschen vorlegen wollen. Da der Dollar zur Zeit 65 bis 70 deutsche Reichsmark gilt, haben einige Rechner schon erklagt, daß man mit diesen 130 bis 140 Milliarden Mark die ganze Papiergeldflut ersäuen und noch etwas übrig behalten könnte. Die Sache hat leider nur einen kleinen Haken; der Unterschied beträgt nicht eben viel, nur eine — Null! Der Amerikaner versteht nämlich unter einer Milliarde etwas ganz anderes als der Europäer. Für uns ist eine Milliarde gleichbedeutend mit tausend Millionen 1 000 000 000, dem Amerikaner sind es nur hundert Millionen, also gerade eine Null weniger. Aus den 130 bis 140 Milliarden Papiermark werden also bestenfalls 13 bis 14 Milliarden, sohin nur der zehnte Teil und etwa ein Sechstel des im Umlauf befindlichen Papiergeldes. Und wer weiß, wieviel von den 13 bis 14 Milliarden in Wirklichkeit die Reise über das große Wasser nach Mitteleuropa antritt?

Beischlagnahme von Jagen. Wie wahreno des Krieges in die Hände der englischen Militärbehörden gefallenen Postsendungen aus oder nach Deutschland sind auf Anordnung der englischen Regierung je nach ihrem Inhalt freigegeben oder präsengerichtliche beschlagnahme oder vernichtet worden. Für die infolge kriegerischer Ereignisse in Verlust geratenen Postsendungen kann nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages seitens der Postverwaltung nicht Ersatz geleistet werden, doch ist der Schaden zweckmäßig bei dem Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen in Berlin W 35 Potsdamerstraße 28 anzu-melden. Der Verband hat die Anträge auf Grund der im deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 267 für 1919 hierüber veröffentlichten Richtlinien entgegenzunehmen und nach Prüfung weiterzugeben. Nicht berücksichtigt werden Schäden, die während der Seebeförderung durch Versenkung der Schiffe oder durch präsengerichtliche Eingriffe entstanden sind.

Alkoholverbot. Auf Veranlassung des Herrn Delegierten der Interalliierten Kommission werden Gastwirth, Hotel- und Kaffeehausbesitzer ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß an Militärpersonen Desertweine wie Malaga, Portwein, Sektwein und andere Getränke mit geringerem Gehalt wie Grog oder Punch nicht verabreicht werden dürfen. Gemäß den Bestimmungen der alliierten Kommission und den Bestimmungen für den inneren Dienst ist der Verkauf alkoholhaltiger Getränke außer Wein, Bier und Apfelwein an die Besatzungstruppen streng verboten. Streng untersagt ist auch die Verabreichung von Wein an farbige Truppen.

Das Metallgeld. Die sechs deutschen Münzstätten sind angestrengt mit Neuprägungen von Reichsmünzen beschäftigt, sie sind an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt. Neben Fünf- und Zehnpfennigstücke die auch vom Verkehr stark gefordert werden, prägen die Münzstätten ausschließlich Fünfzig-Pfennigstücke aus Aluminium. Sie haben das monatliche Prägeergebnis in Fünfzigpfennigstücken bis auf beinahe 13 Millionen Mark gesteigert. Wenn trotz der hohen Ausmünzungen noch immer Mangel an Fünfzigpfennigstücken im Verkehr herrscht, so beruht dies darauf, daß das Publikum die Münze zurückhält. Eine Umgestaltung der Fünfzigpfennigstücke ist nicht beabsichtigt und ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Ueber die Duldung und über die Gestaltung von Notgeld, welches Gemeinden usw. für den örtlichen Bedarf bei einem empfindlichen, den Zahlungsvorkehr störenden Mangel von Reichsmünzen ausgeben, entscheiden die zuständigen Landesregierungen. Der Reichsminister der Finanzen hofft, daß dies unerwünschte Notgeld in naher Zeit aus dem Verkehr verschwinden wird, sobald hinreichend Reichsmünzen vorhanden sein werden.

Erfahrung für Wertpapiere. Die Reichspostverwaltung, die bisher bei der Schadenersatzleistung für Wertpapiere, entsprechend der seit vielen Jahren in den Kommentaren zum Reichspostgesetz vertretenen Rechtsauffassung, den Absender in Höhe der Herstellungskosten der Sache entschädigt hatte, ist dazu übergegangen, die Erfahrung auch auf den Unternehmerrisiko, soweit ein solcher üblich und angemessen ist, auszudehnen. Die Reichspostanstalten sind hierdurch durch das Postnachrichtenblatt verständigt worden.

Neue Eisenbahngütertarife. Am 1. Dezember treten ein neuer Eisenbahn-Gütertarif und ein neuer Eisenbahn-Frachtarif in Kraft, die gegenüber den bisherigen Vorschriften bedeutsame Änderungen bringen. Der künftige Gütertarif sieht eine Ermäßigung der letzten Sätze bei weiten Entfernungen und bei den billigen Tarifklassen vor, während zur Verhütung von Einnahmeverlusten die hohen Entfernungen und teuren Tariflasten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit stark belastet werden.

London. Neuer erfährt, daß, obgleich die Alliierten die Rückberufung des Königs Konstantin nicht verhindern könnten, seine Rückkehr nach Griechenland die guten Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten sehr bedrohen und den Vertrag von Sevres ernstlich gefährden würde.

London. Der französische Ministerpräsident Poincaré ist wieder in London eingetroffen. Man nimmt an, daß die Londoner Besprechungen vor Samstag ihren Abschluß finden.

London. Infolge der Anbahnung der Versteigerung, daß die Pöbde in der Woche um 18 Schilling herabgesetzt werden sollen, ist durch die Arbeiterchaft der Streik erklärt worden.

Der Reichstag.

Berlin, 3. Dez.

Die zweite Beratung des Haushalts wird beim Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt. Abg. Simon (U. S.) bezeichnet die Aufhebung der Zwangswirtschaft als ruhmlos und wirft dem Abg. Hugo (Dnat.) vor, er habe sich vom Lederband für Propagandazwecke 50 000 Mark auszahlen lassen. Das Reichswirtschaftsministerium scheine zu einem Hort der Reaktion zu werden, was durch die Einstellung zahlreicher Mitglieder bewiesen werde.

Abg. Tierneiter (Dnat. Vp.) verlangt Auskunft, wie es mit der Benzin- und Benzolwirtschaft steht, betont die Knappheit der Vorräte und klagt über die hohen Preise. Gegen die Monopolstellung der Elektrizitätsgesellschaften muß der Minister einschreiten. Die Interessen der Verbraucher müssen allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Hamann (Dem.): Die Baluta können wir nur stabilisieren, wenn wir unsere Produktionsarbeit steigern. Sparbarkeit über und von den Kriegskosten nicht erdrückt werden. Wir leben ja täglich, wie unsere Industrie unter dem Kohlenmangel leidet, und speziell Bayern hat Grund zur Klage. Die Zwangswirtschaft ist zweifellos in vielen notwendig gewesen. Trotzdem ist sie überlebt. Redner begründet sodann den von seinem Fraktionsgenossen Varnitzsch eingebrachten Antrag, daß der Reichswirtschaftsminister sich zur engeren Verbindung mit dem Handwerk und Gewerbe die ständige Mitarbeit eines sachkundigen Mannes aus den Kreisen des Handwerks und Gewerbes sichern soll.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Behauptung, daß der Abg. Hugo aus den Akten der Reichsleiterstelle 50 000 Mark bekommen hat, stimmt nicht. Eine Reichsleiterstelle ist daran jedenfalls nicht beteiligt. Er habe bereits im Ausschuss nahegelegt, daß auf nahezu 600 Angehörige seines Ministeriums nur insgesamt 15 Adlige entfielen. Den Antrag Varnitzsch verwerfe er nicht, da er nicht glaube, daß er ohne eine Vermehrung der Beamtenschaft durchführbar sein werde. Der Antrag Trimborn entspreche den Grundgedanken des Reichswirtschaftsministeriums, wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheine ihm dagegen bedenklich.

Abg. Dr. Nieker (D. Vp.): Der Abg. Simon hat seinen Beweis dafür erbracht, daß die Produktion unter dem freien Handel gelitten habe. Das Gegenteil ist der Fall. Redner protestiert gegen den unerhörten Angriff auf den Abg. Hugo, der wegen seiner Abwesenheit sich nicht wehren könne.

Abg. Frau Lüders (Dem.) tritt für die Gleichberechtigung der Frau in den berufsmäßigen Organen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Ämter des Reiches zu vergeben habe.

Abg. Simon (U. S.): Jedenfalls hat der Abg. Hugo bislang nicht bestritten, daß er die 50 000 Mark als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten hat und das ist der Kernpunkt der Sache.

Damit schließt die Generaldebatte. Abstimmungen sollen erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgt ohne wesentliche Debatte.

Bei dem Votum Sozialisierungskommission erinnern die Abg. Hoch (Soz.) und Dr. Herz (U. S.) an die Versprechungen der Zentrumspartei und der Demokraten in der Sozialisierungsfrage. Mit der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Wirtschaftsrat sei die Frage der Sozialisierung erledigt, denn der Reichswirtschaftsrat habe noch keine positive Arbeit geleistet.

Reichswirtschaftsminister Scholz betont, daß die Anregung der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsrat aus dem Ausschuss stamme. Er selbst habe wiederholt erklärt, daß er vor Entscheidung der Frage die Sozialisierungskommission selbst hören wolle.

Bei dem Kapitel Ausschuss zur Prüfung des Geschäftsbereichs der Kriegsgesellschaften bespricht Abg. Krätzig (Soz.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe vor allem die Aufgabe, den zahlreichen Projekten zwischen den Kriegsgesellschaften vorzulegen, und dem Reiche dadurch Millionen zu ersparen.

Hierauf wird auf Montag, 6. Dezember, 2 Uhr vertagt. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 3. Dez.

Die preussische Landesversammlung nahm heute die Vorlage über die Wahl zum Landtag, zu den Provinzial- und Kreistagen in allen Einzelheiten ohne wesentliche Aussprache und ohne erhebliche Änderungen an. Die Gesamtentscheidung konnte nicht erfolgen, weil die Drucksachen nicht vollständig vorlagen. Vorher sprach der Abg. Leib (Unabh.) zum Haushalt des Ministeriums des Innern. Er tadelt den Minister wegen seines Verhaltens im Falle der Betätigung des Schulrates Löwenstein und schilderte die Gefahren der Dregesch. Der Reichsunabhängige Delsner schlägt eine maßlose Tonart besonders gegen die Mehrheitssozialisten an, die er als Verräter des Vaterlandes während des Krieges und während der Revolution bezeichnet. Es gab infolgedessen etwas Lärm, wenn er auch im Hause auch mehr Gelächter als ernste Beachtung fand.

Unannehmbar.

Nach einer Meldung aus Berlin über die Abstimmung der nicht ortsanfässigen Oberschlesier ist es ausgeschlossen, daß sie gegen den Vorlaut des Vertrag abstimmen. Es ist festzustellen, daß in dieser Frage alle Parteien in einer Front stehen und daß selbst die Unabhängigen gegen das Verlangen der Entente die schärfsten Bedenken haben. Das Kabinett wird sich so bald wie möglich mit der Entente einigend beschäftigen. Es scheint kein Zweifel zu bestehen, daß die deutsche Regierung den Ententevorschlag unter Hinweis auf seine Reichsunhaltbarkeit ablehnen wird.

Vereitelte Einführung.

Einer Neuermeldung zufolge wurde der Plan der Einfuhr, irgend ein Nordengland besuchendes Mitglied des Kabinetts zu entsenden, durch die Wachsamkeit des englischen Geheimdienstes vereitelt. Die Verschwörer flohen. Eine vom Geheimdienst unternommene Durchsuchung eines Lagerhauses in Zentral-London führte zur Entdeckung eines wahren Arsenals von Revolvern und anderen Waffen.

Die Befolgsordnung.

Peim Reichsanwalt hat nach einer Meldung aus Berlin am Samstag eine interfraktionelle Besprechung über die Feuerungszulage für die Beamten und die bevorstehende Verabschiedung der Reichsbefolgsordnung stattgefunden. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß im Laufe dieser Woche, nachdem der Unterausschuss für das Befolgsordnungsverfahren seine Beratungen abgeschlossen hat, die Befolgsordnung auch im Hauptausschuss verabschiedet werden wird.

Passive Resistenz.

Die passive Resistenz, die von den Heidelberger Postbeamten seit Freitag geübt wird, scheint auch auf Karlsruhe überzugreifen. Das Postfachamt Karlsruhe erläßt eine öffentliche Erklärung, daß wegen Personalschwierigkeiten die Kontostände des Postfachamtes nur mit großer Verzögerung abgesandt werden können, und daß auch die Buchung der Ueberweisungen, Zahlungen und Schecks erhebliche Verspätungen erfahre. In einer Zuschrift der Postbeamten an die Presse werden noch härtere Maßnahmen angekündigt für den Fall, daß die Reichsregierung folgende drei Forderungen nicht sofort beivilligt: 1. Geringe Einfuhr in den Befolgsordnungsstar; 2. Anpassung der Feuerungszulagen an die tatsächlichen Verhältnisse; 3. Auszahlung einer einmaligen Entschädigungssumme von 5000 Mark an jeden Beamten.

Gräfin Mardiewicz.

Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge erschien die bekannte Sinnenfeinerin Gräfin Mardiewicz, die in den letzten Tagen in Dublin verhaftet worden war, dort vor dem Kriegsgericht unter der Beschuldigung einer Verschwörung zur Ermordung von Dinnern der öffentlichen Ordnung. Sie weigerte sich, die ihr gestellten Fragen zu beantworten und erklärte, sie erkenne das Gericht nicht an, dessen Zusammensetzung ungesetzlich sei, da es nicht auf dem Willen des irischen Volkes aufgebaut sei. Die öffentliche Anklage beschuldigte die Gräfin, nach ihrer Verhaftung erklärt zu haben, daß sie selbst englische Offiziere und Soldaten ermordet und bei einer anderen Angelegenheit einen Polizisten, der sie verhaften wollte, erschossen habe.

Eine Zwangsanleihe.

Der Mitarbeiter der „Nationalzeitung“ hatte Gelegenheit, eine längere Unterredung mit den Reichsbankpräsidenten zu führen, der sich über seine Zwangsanleihepläne, von deren Durchführung, sowie von seinen Erwartungen folgendermaßen äußerte:

Die Durchführung der Zwangsanleihe denke ich mir so, daß ein Jeder ein Viertel seines deklarierten Vermögens für Zwangsanleihe zu zeichnen hat. Um gewisse Milderungen für die Betriebe und für die kleinen Vermögen zu schaffen, soll von diesem Viertel jedoch ein Abzug gemacht werden, betragt, daß der Betrag, den der Betrieb an selbst gezeichneten Anleihen besitzt sowie an selbstgezeichneten Barzahlungen an Reichsnotopfer gezahlt hat. Den Betrag der Zwangsanleihe schätze ich vorläufig auf 20 Milliarden Mark. Dieses Ergebnis würde eine schwebende Schuld aus etwa ein halbes Jahr bedeuten. Wir müssen in Betracht ziehen, daß im nächsten Halbjahr große Reichssteuern eingehen werden und wir dürfen vielleicht auch hoffen, daß wenigstens der eine oder der andere der feindlichen Staaten einen Teil der sequestrierten deutschen Vermögen freigeben wird. Dadurch würden wir weiter Zeit gewinnen, und wir müssen Zeit gewinnen, bis die Kriegsschuld endlich festgestellt ist. Wir müssen soweit kommen, daß wir unseren Haushalt balanzieren können. Die Milderung für die großen Betriebe denke ich mir so, daß die Betriebsvermögen nur mit einer Hälfte des Viertels, also mit einem Viertel herangezogen werden sollen. Wenn man in Betracht zieht, daß nur 80 Prozent Betriebskapital bei der Veranlagung des Reichsnotopfers herangezogen werden, ergibt sich, daß für die Zwangsanleihe eigentlich nur ein Zehntel herangezogen wird. Es handelt sich für diese lediglich darum, ihre Vermögensberechnung gründlich zu ändern, wobei bemerkt werden muß, daß die Zwangsanleihe einen sehr guten Lombardtitel ergeben muß, da sie mit 4 Prozent verzinst und von der Kapitalertragssteuer befreit werden soll. Die Betriebe können ferner das ganze Reichsnotopfer in Renten zahlen und sie würden zu dieser Zahlung die Zwangsanleihe benutzen können. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die deutschen Guthaben bei den verfeindeten Banken und Sparkassen heute 100 Milliarden betragen und daß wir heute im Reich für 15 Milliarden Mark Papiergeld zu viel im Verkehr haben. Man rechnet stets so, daß sich die Lebenshaltung um das acht- oder zehnfache verteuert habe, daß also im Selbstverkehr das Acht- oder Zehnfache des Friedensgeldes erforderlich sei. Das trifft nach meiner Auffassung nicht zu. Heute schränkt sich ein jeder ein, sodaß nach meiner Berechnung nur das Fünftel des Geldverkehrs erforderlich sei. Wir haben aber heute 28 Milliarden im Verkehr, etwa 20 Milliarden im Ausland, 10–12 Milliarden sind gebankrott, um der Steuer entzogen zu werden, sodaß also 15 überflüssige Milliarden in papierernen Zahlungsmitteln im Verkehr sind, die eigentlich gar nicht benötigt werden. Was die Wirkungen der Zwangsanleihe auf das Ausland betrifft, so bin ich überzeugt, daß sie auf die Bewertung unserer Mark günstig einwirken wird. Ein energisches Eingreifen könnte im Ausland nur dahin gedeutet werden, daß wir endlich entschlossen sind, unserer Finanznot zu steuern und die Finanzlage des Reiches zu ordnen.

Versteckte Milliarden.

Nach einer Mitteilung des Finanzministers Krause im bayerischen Landtag macht die Gesamtsumme der vom Publikum versteckt gehaltenen Papiernoten zehn Milliarden Mark aus, was für das Reich einen schweren Steuerausfall bedeute, da diese Summen hauptsächlich zum Zweck der Steuerhinterziehung gehamstert würden. Trotzdem will der Finanzminister, wie er erklärte, einer Abstempelung oder Außersetzung der Banknoten nicht das Wort reden, weil damit eine Unterbrechung der Wirtschaft und ein weiteres Sinken der Baluta verbunden wäre.

Im heftigsten Landtag wurde eine Neuherausgabe des bekannten heftigen Finanzrats Bastian widergegeben, darauflos.

40 Milliarden

hauptsächlich von der Landwirtschaft zurückgehalten werden. Finanzminister Sauer erklärte im heftigen Landtag: Das Problem des Notenumtauschs wird schon seit Jahresfrist erörtert. Es wäre besser gewesen, gar nicht darüber zu sprechen, sondern zu handeln. Jetzt ist die Wirkung illusorisch gemacht. Außer an den technischen Schwierigkeiten scheitern alle derartigen Maßnahmen auch an der Stellungnahme des Auslandes.

Die Summe des heute unproduktiv aufgeschickten Papiergeldes in Milliarden läßt sich nur ungefähr nach der Höhe der Verausgaben, den Sparkassenbeständen und den arbeitenden Umlaufmitteln beziffern.

Abstimmung in Oberschlesien.

Eine englische Note.

Die vom englischen Botschafter der deutschen Regierung überreichte Note der Alliierten hinsichtlich der Abstimmung in Oberschlesien enthält die bereits in der Presse mitgeteilten Vorschläge, wonach zwar alle stimmberechtigten Oberschlesier an der Abstimmung teilnehmen sollen, für die nicht in Oberschlesien wohnhaften stimmberechtigten aber zur Vermeidung von Unruhen in Oberschlesien ein Wahlort oder mehrere im besetzten Gebiet vorgegeben werden und die Stimmen jedes einzelnen dieser nicht in Oberschlesien wohnenden stimmberechtigten denjenigen seines Geburtsortes zugerechnet werden soll. Der Vorschlag ist der deutschen und der polnischen Regierung in einer gleichlautenden Note zugegangen.

Die Polen.

Ein Funkpruch aus Warschau meldet: Die Londoner Regierung will, daß die ausgewanderten Oberschlesier in einer Stadt des besetzten Rheinlandes ihre Stimmen abgeben. Hiermit kann sich aber die polnische Regierung nicht einverstanden erklären, weil sie die Identität der Stimmgäber dann nicht prüfen und Fehler sowie Mißbräuche nicht beseitigen könnte.

Kleine Meldungen.

Beuthen. Die Blätter lehnen einmütig den Vorschlag ab, die Abstimmungsberechtigten selbst festzusetzen. Die deutsche Regierung habe die Pflicht, die betr. Note in der gleichen verbindlichen Form, in der sie gehalten sei, abzulehnen.

Saag. Nach dem „Nieuwen Courant“ wurde aus London dröhnend gemeldet, einem Bericht aus Konstantinopel zufolge hätten die Armenier Tiflis erobert und den Kemalisten eine schwere Niederlage zugefügt.

Amsterdam. „Reuter“ meldet aus Schanghai: Aufrührerische chinesische Truppen sollen die Stadt Tschang angestrichen haben. Die Banken und die ausländischen Handelshäuser sollen zerstört worden sein.

Paris. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, befinden sich die politischen, finanziellen und industriellen Angelegenheiten in Rußland in einem chaotischen Zustand. Der Vertreter des Schahamies, Albert Rathbone, ist auf Ersuchen der kubanischen Regierung zum finanziellen Ratgeber für Rußland ernannt worden.

Genf. Der fünfte Ausschuss des Völkerbundsrat hat einstimmig den Antrag auf Aufnahme Desterreichs in den Völkerbund angenommen.

Aus Nah und Fern.

Müdesheim, 3. Dez. (Die Niederwaldbahn auf Abbruch verkauft.) Nach einer Mitteilung in der Hauptversammlung der Niederwaldbahn A.-G. ist es infolge von Einsprüchen der Städte Himmelsbach und Müdesheim nicht möglich gewesen, die Niederwaldbahn zur Zeit der Hochwasserunfälle als Altisen abzutreiben. Die Linie Himmelsbach ist für 213 000 Mark auf Abbruch verkauft worden. Die Bahnwaggons und das Material der Strecke Müdesheim sind für 280 000 Mark in den Besitz der Stadt Müdesheim übergegangen.

Worms, 5. Dez. (Das Lutherjubiläum 1921.) Im Einvernehmen mit dem heftigen Oberkonsistorium in Gegenwart von Vertretern aller evangelischen Kirchenbehörden und Körperschaften Deutschlands beabsichtigt die evangelische Gemeinde Worms am 8. April 1921 die 400jährige Wiederkehr des berühmten Lutherbekenntnisses in Worms festlich zu begehen. Auf eine Anfrage des heftigen Ministeriums hat sich nunmehr die Interalliierte Kommission bereit erklärt, der beabsichtigten Jubelfeier ihren Schutz zu gewähren. Die Vorbereitungen zu der Kundgebung sind bereits aufgenommen.

Mayen, 3. Dez. (Ein rätselhafter Mord.) Als gestern Abend der Förster Sili in Begleitung der Frau des Zigarrenhändlers Sesterhenn von Berresheim nach Mayen zu ging, bemerkten sie in der Nähe der Stadt im Dunkel zwei Gestalten. Mäßig fielen zwei Schüsse und als Sili hinzulief, noch ein Dritter. Der Förster und Frau Sesterhenn zogen sich darauf zurück und benachrichtigten in Mayen die Polizei. Als man nachforschte, fand man den Mann der Frau Sesterhenn, der ihr hatte entgegengesehen wollen, im Chausseegraben mit einem Lungenschuß als Leiche vor. Die Ermittlung über den Täter hat bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Aus dem Westerwald, 4. Dez. (Das Strohdach kommt wieder zu Ehren.) Altmeyer des Dachdeckerhandwerkes haben bei einem Neubau in Erbach als Bedachungsmaterial das Stroh wieder zur Verwendung gebracht. Das Strohdach in seiner sauberen, dabei durchaus dauerhaften Ausführung, verleiht dem Bau ein überaus anheimelndes Gepräge und fügt sich dem Landschaftsbilde in reizvoller Weise ein.

Frankfurt a. M., 3. Dez. (Verlängerung der Weihnachtsferien.) Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen bei den zuständigen Regierungsstellen die Ausdehnung der Weihnachtsferien auf vier Wochen, nämlich vom 18. Dez. 20 bis 17. Jan. 21, zu beantragen. Maßgebend für diesen Beschluß sind die bestehenden Heizungsschwierigkeiten und der Umstand, daß eine Zusammenlegung verschiedener Schulen zu erheblichen Nachteilen für den Unterrichtsbetrieb führen würde.

Heidelberg, 3. Dez. (Verhafteter Schleuhändler.) Hier wurde von einem Beamten der Eisenbahnüberwachungsstelle ein Schleuhändler gefangen, der 16 Pfund Butter und 40 Pfund weisses Mehl bei sich führte. Er wurde ins Amtsgefängnis in Mannheim eingeliefert.

Stadtverordneten-Versammlung

zu Nassau, am 2. Dezember 1920.

(Schluß.)

8. Entschädigung der Beisitzer des Miteinigungsamtes.
 Vom Magistrat wird vorgeschlagen, rückwirkend seit Bestehen des Miteinigungsamtes Nassau, die hiesigen Beisitzer bei der Teilnahme an den Sitzungen des Miteinigungsamtes mit 15 M. pro Sitzung zu entschädigen. Die Entschädigung hat aus Gemeindemitteln zu erfolgen gemäß § 3 der Satzungen für die Kreismiteinigungsämter im Unterlahn-Kreise vom 23. Juni 1920. Die Gewährung einer Entschädigung ist erforderlich, da von den Beisitzern ein erheblicher Zeitaufwand verlangt wird. Allein seit Bestehen des Miteinigungsamtes von Mitte August bis 20. November 1920 haben 36 Sitzungen zur Erledigung hiesiger Miteinigungsarbeiten stattgefunden.

Beschluß: Wird genehmigt.

9. Betr. Ergänzung der Wohnungskommission.

Nachdem 3 Mitglieder der Wohnungskommission ihre Mitgliedschaft niedergelegt haben, wird beim Stadtverordnetenkollegium Auflösung der Wohnungskommission und alsbaldige Neuwahl derselben beantragt.

Die Mitglieder der Wohnungskommission Schöffe Weimann, Oberpostsekretär Adam und W. Neidhöfer haben ihre Ämter niedergelegt. Die Neuwahl der ganzen Kommission hatte folgendes Ergebnis: Von den Mietern: H. Specht, H. Dreher, Oberpostsekretär Adam; von den Vermietern: L. Huth, Chr. Piskator und H. Bruchsmidt.

10. Betr. Antrag des sozialdemokratischen Vereins um Abgabe von Brennholz an Einwohner zu ermäßigten Preisen.

Auf Grund der vorjährigen Erfahrungen, und weil die Stadt auf des Waldes angewiesen ist, glaubt der Magistrat von Genehmigung abraten zu müssen.

Stadtver. L. Busch berichtet über diesen Antrag. Der Grundgedanke der Partei sei, daß den wirtschaftlich Schwachgestellten zu mäßigen Preisen Holz aus dem städtischen Wald zur Verfügung gestellt würde, besonders aber den Kriegervitwen, welche fast durchweg schwache Pensionen erhielten. Weiter aber wünschte die Partei, daß jede Familie ein Kasten Holz zu ermäßigtem Preise erhalte. Diesem Antrag treten aber mehrere Stadtverordnete mit der Begründung entgegen, daß der Erlös aus dem Wald zur Finanzierung des Etats unbedingt erforderlich sei, deshalb könne man das Holz in diesem Sinne nicht abgeben. Schwachgestellte Personen sei nach wie vor Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche um Ermäßigung beim Magistrat vorzubringen. Weiter wird gebeten, daß das Holz solange nicht nach auswärts verkauft wird, bis die hiesigen Einwohner mit solchem versehen sind. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte und die vorgeschriebene Sitzungszeit schon überschritten war, wird diese Position vertagt. Der Magistrat in Verbindung mit der Finanz- und Waldkommission möchten diese Angelegenheit prüfen und erneut Vorlage machen.

Mitteilungen.

a) Vom Magistrat wird die Abrechnung über die Mauer am Kleber'schen Grundstück in der Oberhoferstraße zur Kenntnisnahme vorgelegt.

b) Bekannt zu geben ist eine Mitteilung des Preuß. Städtetages betr. regelmäßige Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung. Danach finden die in der Städteordnung vorgesehenen Ergänzungswahlen nicht statt, sondern die zur Zeit gewählten Stadtverordneten behalten ihre Stelle bis zur Vollerneuerung der Vertretungskörperschaften.

Die Mitteilungen werden ebenfalls wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt.

Nachträglich als Eilsache sind vom Magistrat eingegangen:

1.) Die Notwohnung des Bürgermeisters Dr. Schlössin wird mit 320 Mk., für Wasser und Beleuchtung 150 Mk., jährlich angerechnet;

2.) Dem Bürgermeister Dr. Schlössin die Umzugskosten und die Hälfte der notwendig gewordenen Hotelkosten zu bewilligen;

3.) Dem Bürgermeister Dr. Schlössin den Eintritt in den Staats- bzw. Kommunaldienst, 1. Aug. 1909, auf sein Dienstalter anzurechnen.

Alle Anträge werden einstimmig bewilligt.

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1..

Sprechstunden jeden Werktag ausser Sonntag
 von 9-12 u. 3-6 Uhr
 Behandlung von Krankenkassenpatienten

Weihnachtsbitte

Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern
 bei Nassau a. d. Lahn

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allergrößte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen wir es, trotz des Dranges der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem unserer Kranken eine kleine Freude bereiten können.

Wir bitten unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielzeug, Eßwaren, Bekleidungsstücke u. s. w. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Quittung.

Bargaben adressiere man am besten an die Kassenerwaltung der Anstalt. (Postfachkonto: Frankfurt a/M. 4000; Bankkonto: Landesbankstelle Nassau-Lahn Nr. 259.)

Der Anstaltsvorstand: Die Anstaltsdirektion:
 Martin, Pfarrer, In Vertretung:
 Vorsteher, Todt, Lehrer.

Weisse u. farbige woll. Bettücher u. Koltern

zu sehr billigen Preisen.

Puppenkleidchen und Puppenausstattungsstücke,

Stück 15 Pfg., Puppen von Mk. 1,50 an.

Albert Rosenthal.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	100,75	100,75
3 1/2	do.	94,--	94,--
3 1/2	do.	93,--	93,--
3	do.	85,--	85,--
4	Frankf. Hyp.-Bank	102,25	102,25
3 1/2	do.	89,25	89,25
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	99,40	99,40
3 1/2	do.	89,50	89,50
5	Deutsche Reichsanleihe	77,50	77,50
4	do.	88,--	88,--
3 1/2	do.	80,--	80,--
3	do.	70,--	70,--
	Devisen		
	Frankreich	423	424
	Holland	2135	2136
	Schweiz	1091	1093
	New York	69,92	70,07

Betrifft: Ausbau der Wohlfahrtspflege

Bei den entsetzlichen Wunden, die der Weltkrieg dem deutschen Volke geschlagen, bei dem unermeßlichen Leid das in allen Schichten des Volkes auf beinahe allen Gebieten des Lebens herrscht, haben die Behörden die Pflicht, der Wohlfahrtspflege ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Bevölkerung alles zu tun, was zur Hebung der Lage und zur Erzielung einer gesunden Lebensführung unseres Volkes dienen kann. Ein im Sturme der Zeit erprobtes kraftvolles und widerstandsfähiges Geschlecht heranzuziehen, muß heute allen Deutschen heiligste Pflicht sein.

In Erkenntnis dieser so wichtigen Aufgaben der Gegenwart hat der Kreisausschuß den Ausbau und die Zusammenfassung aller Zweige der behördlichen und privaten Wohlfahrtspflege zu einem Kreiswohlfahrtsamt ins Auge gefaßt. Er hält es für zweckmäßig, daß dieser Gedanke in enger Fühlung mit der Bevölkerung erörtert wird.

Zu diesem Zwecke sollen öffentliche Versammlungen in den Städten und in den Landgemeinden abgehalten werden und zwar in Nassau, den 7. Dezember ds. Jrs., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Hirsch (Paulus). Alle Freunde und Förderer der Wohlfahrtsbestrebungen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Die 2. den 28. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Scheuern.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau

Konserven.

Um einem für die nächsten Wochen vorausgesagtem Mangel an Fleisch und Wurst vorzubeugen, hat die Stadtverwaltung nachstehende Waren eingekauft, welche zu den beigegebenen Preisen in den Metzgereien Chr. Schulz, Geschwister Huth und Blank kartensfrei verkauft werden:

Cornedbeef in 3 Kgl.-Dosen a Kgl. Mk. 23,--

im Aufschnitt a Kgl. Mk. 26,--

Blutwurst in 1 Kgl.-Dose a Kgl. 17,--

Leberwurst in 1 Kgl.-Dose a Kgl. Mk. 18,--

Rindfleisch in 1 Kgl.-Dose a Kgl. Mk. 23,--

Da größerer Vorrat nicht besteht, wird baldige Eindeckung empfohlen. Wegen Auflösung der Reichsfleischstelle wird eine spätere Zuweisung in Frage kommen.

Mehl.

Auf Abschnitt 1 der Einfuhrzusagekarte f. Mehl werden vom 4. bis einschl. 10. Dezember in sämtlichen Kolonialwarenhandlungen 600 Gr. Roggenmehl ausgegeben. Preis 5.25 Mk. pro Pfund.

Konsum-Verein f. Wiesbaden u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn)

An unsere Mitglieder!

Von Montag, den 6. Dezember bis Freitag, den 10. Dezember von 8-1 Uhr vor-mittags findet die

Auszahlung der Rückvergütung

für die Mitglieder der Verkaufsstelle Nassau in unserem Geschäftslokale, Kettenbrückstr. 6, statt.

Die Auszahlung erfolgt nur gegen Rückgabe der bei der Ablieferung der Couverts erhaltenen Quittung.

Der Vorstand.

13. Dezember:

WEIHNACHTSMARKT

Dr. Deiter's Eiweiß-Nahrung

ist natürliche, hochkonzentrierte Vollnahrung zur raschen Kräftigung Kranker, Schwacher, Genesender, Kinder, sowie werdender und stillender Mütter.

Regelmäßig täglich 3 Teelöffel voll in Getränken und Speisen zu nehmen.



Hierzu empfohlen.
 Verlangen Sie Gratisprobe und Prospekt in den Apotheken und Drogerien.

Statt besonderer Anzeige!

Aus der Unruhe und Not der Zeit durfte zur ewigen Ruhe eingehen

Frau Emma Saenger,

geb. Kerstner.

Um stille Teilnahme bittet

Otto Maria Saenger.

Nassau-Lahn, 3. Dezbr. 1920.
 Emserstrasse 29.

Blumenspenden und Besuche im Sinne der Verstorbenen dankend verboten. Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Äußerst praktische Weihnachtsgeschenke

für unsere Hausfrauen sind

Aluminium-Küchengeräte.

Ein großer Posten schwerer, sehr preiswerter Ware ist eingetroffen, und empfehlen wir:

Gaskochtöpfe, Fleischtöpfe, Schmortöpfe, Milchtöpfe, Milchkannen, Nudelpfannen, Bratpfannen, Durchschläge, Kasserolen, Salatseier, Saucenlöffel, Suppenlöffel, Schaumlöffel, Essenträger u. s. w.

Ferner alle Backartikel zur Weihnachtsbäckerei.

Weiß-, Rot- und Südwine, Kognak, Verschnitt, Kognak-Weinbrand, Franz. Kognak (Original), Rum, Zwetschenwasser.

Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Rauchtabelle in allen Preislagen.

Konsum-Verein f. Wiesbaden u. Umgeg. Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn).

Zum Weihnachtsfeste

offerierte ich zu sehr billigen Preisen

meine

Weihnachts-Geschenke

Bei Besichtigung meines Lagers wird jeder über die Preise sowie über die überaus große Auswahl in sämtlichen Artikeln staunen. Mein Großlager steht mich in die Lage, meiner Detailkundschaft derartig günstige Preise zu stellen. Besonders empfehle:

Fein dekorierte Gebäckkästen (30 Mk.), Brotbüchsen in feinsten Ausführung (25 Mk.), Kaffee- und Zuckerbüchsen, Löffelbleche (9 Mk.), Kaffeemühlen, Waschgarnituren in jeder Preislage, Küchegarnituren, Kaffeeservice. Als praktisches Weihnachtsgeschenk: Weingläser in 20 verschiedenen Mustern

- Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang -

Albert Rosenthal, Nassau

Perlmutterknöpfe

zu sehr billigen Preisen.
 Albert Rosenthal, Nassau.

Alle Sorten

Pugtücher

wieder eingetroffen, Stück von 3,50 Mk. an, ferner

Reiserbesen.

Chr. Arzt, Nassau, Römerstraße 12.

Solange Vorrat reicht
 Weihnachtskerzen,
 Stück 10 Pfg.

Albert Rosenthal.